

kann und daß ferner, wie eingehende Erörterungen ergeben haben, namentlich hinsichtlich der Wohnungspreise sehr erhebliche örtliche Verschiedenheiten vorhanden sind. Durch diese Sachlage wird die Frage nahe gelegt, ob nicht auch den Sächsischen Staatsbeamten nach den Vorgängen in anderen Bundesstaaten und im Reiche Wohnungsgeldzuschüsse zu gewähren seien, welche sich nach Beamten- und Ortsklassen abstufen. Wenn gleichwohl eine entsprechende Vorlage nicht schon jetzt eingebracht wird, so unterbleibt dies lediglich mit Rücksicht auf die gegenwärtige Finanzlage, bei welcher es nicht möglich sein würde, das Mehrerforderniß für Wohnungsgeldzuschüsse ohne Steuererhöhung zu decken.

Die schon längst erstrebte feste Regelung des finanziellen Verhältnisses des Reichs zu den Bundesstaaten ist leider noch immer nicht erfolgt. Bei der hohen Wichtigkeit einer solchen für die Finanzwirtschaft der Bundesstaaten wird Meine Regierung im Interesse der endlichen Erreichung derselben auch fernerhin bemüht sein.

Die fortgesetzte Zunahme der Bevölkerung, die fortschreitende Entwicklung des Handels und der Industrie, die nothwendige Fürsorge für Wissenschaft, Kunst und Unterricht und die unausgesetzte Zunahme des Verkehrs machen Ausgaben für eine größere Anzahl von Bauten und Herstellungen nothwendig.

Obwohl während der letzten Jahre die Ausgaben für den Betrieb der Staatseisenbahnen wegen der außerordentlich gesteigerten Anforderungen an ihre Verwaltung stärker gestiegen sind als die erzielten Einnahmen, so daß die Verzinsung des Anlagekapitals gegenüber den Vorjahren zurückgegangen ist, so läßt sich gleichwohl eine große Anzahl kostspieliger im Interesse der Sicherheit und der Ordnung des Betriebes aber nothwendiger Erweiterungsbauten an bestehenden Eisenbahnen und Verkehrsstellen nicht vermeiden. Im neuen Etat sind daher hierfür ansehnliche Mittel vorzusehen gewesen. Ebenso sind für die Vermehrung der Betriebsmittel wiederum größere Summen in Bereitschaft zu stellen, um dem gestiegenen Verkehr zu genügen. Der weitere Ausbau des vaterländischen Eisenbahnnetzes begegnet zwar zufolge des gegenwärtig besonders fühlbaren Mangels an technischen Kräften erheblichen Schwierigkeiten, doch wird Meine Regierung nach Möglichkeit darauf bedacht sein, den Bau neuer Linien nicht ins Stocken gerathen zu lassen.

Der Gesetzentwurf über die Verwaltungsrechtspflege wird Ihnen in der Fassung wieder zugehen, über welche Meine Regierung sich mit der vom Landtage hierfür eingesetzten Zwischendeputation verständigt hat.

Die Fürsorge für Gemeindebeamte hat ein Gesetzentwurf im Auge, welcher eine durch die bisherigen Erfahrungen gebotene Aenderung ihrer Pensionsverhältnisse bezweckt. Ein weiterer Entwurf erstrebt die allgemeine obligatorische Krankenversicherung auch der häuslichen Dienstboten in Anlehnung an die reichsgesetzliche Krankenversicherung der Arbeiter.

Dem auf dem letzten Landtage ausgesprochenen Wunsche nach einer zeitgemäßen Revision der Baugesetzgebung entspricht ein Ihnen zugehender Entwurf, welchen Meine Regierung nach wiederholter Berathung mit Sachverständigen und Betheiligten ausgearbeitet hat, und der eine geeignete bauliche Entwicklung in Stadt und Land nach Möglichkeit zu fördern, die nach dem gegenwärtigen Stande der Bautechnik zulässigen Erleichterungen zu gewähren, zugleich aber auch den mit dem Wachsthum der Gemeinwesen immer dringender werdenden gesundheitlichen und sozialpolitischen Interessen Rechnung zu tragen sucht.

Bei der Feststellung des Baugesetzentwurfs wurde der schon oft empfundene Mangel eines allgemeinen Enteignungsgesetzes von Neuem fühlbar. Es ist deshalb die Ausarbeitung eines solchen erfolgt, doch bleibt die Entschliebung wegen Vorlegung des Entwurfs an den Landtag noch vorbehalten.

Mit dem Beginne des kommenden Jahres tritt in Wirksamkeit das umfängliche, in das Rechtsleben und in die Rechtspflege tief eingreifende Gesetzgebungswerk des Reichs,